

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 18. März 1971 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Island zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

A. Zielsetzung

Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Island sollen durch Regelungen zur Vermeidung von Doppelbesteuerungen auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und Vermögen gefördert werden.

B. Lösung

Das Abkommen vom 18. März 1971 trifft die erforderlichen Regelungen; es ist ratifizierungsbedürftig (Artikel 59 Abs. 2 des Grundgesetzes). Mit dem vorliegenden Vertragsgesetz soll das Abkommen die für die Ratifikation erforderliche Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften erlangen.

C. Alternativen

Alternativvorschläge liegen nicht vor.

D. Kosten

Keine wesentlichen Auswirkungen.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
1/4 (IV/4) — 521 05 — Do 9/73

Bonn, den 5. Februar 1973

An den Präsidenten
des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 18. März 1971 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Island zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen mit Begründung.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Der Gesetzentwurf ist von den Bundesministern der Finanzen und des Auswärtigen gemeinsam erstellt worden.

Der Bundesrat hat in seiner 389. Sitzung am 2. Februar 1973 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Brandt

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 18. März 1971 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Island zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bonn am 18. März 1971 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Island zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie dem Protokoll zu diesem Abkommen wird zugestimmt. Das Abkommen und das Protokoll werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Soweit das Abkommen auf Grund seines Artikels 29 Abs. 2 für die Zeit vor seinem Inkrafttreten anzuwenden ist, steht dieser Anwendung die Unanfechtbarkeit bereits vor dem Inkrafttreten ergangener Steuerfestsetzungen nicht entgegen.

(2) Soweit sich auf Grund des Absatzes 1 dieses Artikels oder auf Grund des Artikels 29 Abs. 2 des

Abkommens für die Zeit bis zum Beginn des Jahres, in dem das Abkommen in Kraft tritt, bei der jeweiligen Steuerart unter Berücksichtigung der jeweiligen isländischen und deutschen Besteuerung insgesamt eine höhere Belastung ergibt, als sie nach den Rechtsvorschriften vor Inkrafttreten des Abkommens bestand, wird der Steuermehrbetrag nicht erhoben.

Artikel 3

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 4

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 29 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung

Zu Artikel 1

Das Abkommen bedarf nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes der Zustimmung der für die Bundesgesetzgebung zuständigen Körperschaften in der Form eines Bundesgesetzes, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich, weil das Abkommen aus den vom Abkommen betroffenen Steuern gemäß Artikel 106 des Grundgesetzes ganz oder zum Teil den Ländern oder den Gemeinden zufließt.

Zu Artikel 2

Das Abkommen ist nach seinem Artikel 29 Abs. 2 erstmals auf Steuern anzuwenden, die für das Kalenderjahr 1968 erhoben werden. Um die betroffenen Steuerpflichtigen uneingeschränkt in den Genuß der rückwirkenden Abkommensanwendung zu bringen, sieht Absatz 1 des Artikels vor, daß bereits unanfechtbare Steuerfestsetzungen geändert werden können.

Soweit sich durch die rückwirkende Anwendung des Abkommens in besonders gelagerten Einzelfällen eine höhere Gesamtbelastung an deutscher und isländischer Steuer ergeben sollte als nach dem bisherigen Rechtszustand, schließt Absatz 2 des Artikels — ungeachtet bislang schon geübter Verwaltungsmaßnahmen — für die Zeit vor dem Jahr des Inkrafttretens des Abkommens eine rückwirkende Verschlechterung für die Steuerpflichtigen

kraft Gesetzes aus. Die Regelung besagt, daß in solchen Fällen eine etwaige deutsche Mehrsteuer nur erhoben wird, soweit ihr eine Entlastung an isländischen Steuern gegenübersteht.

Zu Artikel 3

Das Abkommen und das Protokoll hierzu sollen auch auf das Land Berlin Anwendung finden; das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 4

Absatz 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Abkommen nach seinem Artikel 29 Abs. 2 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Durch das Abkommen verzichtet die Bundesrepublik zur Beseitigung der Doppelbesteuerung in gewissem Umfang auf Steuern, die dem Bund, den Ländern oder den Gemeinden zufließen. Andererseits brauchen gewisse, zur Vermeidung der Doppelbesteuerung bisher eingeräumte Ermäßigungen an deutschen Steuern nicht mehr oder nicht mehr in bisheriger Höhe gewährt werden, weil die Doppelbesteuerung nach dem Abkommen schon durch Steuerverzichte Islands beseitigt oder gemildert wird. Das sich daraus ergebende Mehr- oder Minderaufkommen wird haushaltswirtschaftlich nicht ins Gewicht fallen.

Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Island
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung
auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

Samningur
milli Sambandslýðveldisins Þýskalands og Lýðveldisins Íslands
til að koma í veg fyrir tvísköttun, að því er varðar skatta á tekjur og eignir

DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
und
DIE REPUBLIK ISLAND

VON DEM WUNSCH GELEITET, ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen abzuschließen,

HABEN zu diesem Zwecke zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland:
den Staatssekretär des Auswärtigen Amts,
Herrn Dr. Paul Frank,
den Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen,
Herrn Dr. Hans Georg Emde

Der Präsident der Republik Island:
Seine Exzellenz
Herrn Botschafter Arni Tryggvason

Diese haben nach Mitteilung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten folgendes vereinbart:

Artikel 1

Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind.

Artikel 2

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, die für Rechnung eines der beiden Vertragsstaaten, eines seiner Länder oder ihrer Gebietskörperschaften erhoben werden.

(2) Als Steuern vom Einkommen und vom Vermögen gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen, vom Gesamtvermögen oder von Teilen des Einkommens oder des Vermögens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung beweglichen oder unbeweglichen Vermögens sowie der Steuern vom Vermögenszuwachs.

(3) Zu den zur Zeit bestehenden Steuern, für die das Abkommen gilt, gehören insbesondere

- a) in der Bundesrepublik Deutschland:
die Einkommensteuer,

SAMBANDSLÝÐVELDIÐ ÞÝSKALAND
og
LÝÐVELDIÐ ÍSLAND

SEM ERU ÁSÁTT um að gera með sér samning til að koma í veg fyrir tvísköttun, að því er varðar skatta á tekjur og eignir,

HAFI í því skyni skipað sem fulltrúa sína með umboði:

Forseti Sambandslýðveldisins Þýskalands:
Dr. Paul Frank,
ráðuneytisstjóra í utanríkisráðuneytinu,
Dr. Hans Georg Emde,
ráðuneytisstjóra í fjármálaráðuneytinu

Forseti Lýðveldisins Íslands:

Herra 'Arna Tryggvason, sendiherra

sem, eftir að hafa skipzt á umboðum, er reyndust góð og gild, hafa orðið ásáttir um eftirfarandi:

1. grein

Samningur þessi tekur til aðila, sem eru heimilisfastir í öðru eða báðum aðildarríkjunum.

2. grein

1. Samningur þessi tekur til skatta af tekjum og eignum, sem eru álagðir vegna hvors aðildarríkisins um sig, einstakra ríkja þess (Länder), opinberra stofnana eða sveitarstjórna. án tillits til þess á hvern hátt þeir eru álagðir.

2. Til skatta af tekjum og eignum teljast allir skattar, sem lagðir eru á heildartekjur, heildareignir eða á þætti tekna og eigna, þar með taldir skattar af ágóða af sölu lausafjár eða fasteigna, svo og skattar af verðmætisaukningu.

3. Gildandi skattar, sem samningurinn tekur til, eru aðallega þessir:

- a) í Sambandslýðveldinu Þýskalandi:
tekjuskattur (die Einkommensteuer),

die Körperschaftsteuer,
die Vermögensteuer und
die Gewerbesteuer,
einschließlich der Steuern, die zusätzlich zu diesen
Steuern erhoben und nach ihnen bemessen werden
(im folgenden als „deutsche Steuer“ bezeichnet);

b) in Island:

die staatliche Einkommensteuer,
die staatliche Vermögensteuer,
die Gemeindeeinkommensteuer und
die Gemeindevermögensteuer,
einschließlich der Steuern, die zusätzlich zu diesen
Steuern erhoben und nach ihnen bemessen werden
(im folgenden als „isländische Steuer“ bezeichnet).

(4) Das Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher
oder ähnlicher Art, die künftig neben den zur Zeit be-
stehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden.

(5) Die Bestimmungen dieses Abkommens über die Be-
steuerung des Einkommens oder des Vermögens gelten
entsprechend für die nicht nach dem Einkommen oder
dem Vermögen berechnete deutsche Gewerbesteuer.

Artikel 3

(1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn der Zusammen-
hang nichts anderes erfordert:

- a) bedeutet der Ausdruck „Bundesrepublik Deutschland“,
im geographischen Sinne verwendet, den Geltungs-
bereich des Grundgesetzes für die Bundesrepublik
Deutschland sowie das an die Hoheitsgewässer der
Bundesrepublik Deutschland angrenzende und steuer-
rechtlich als Inland bezeichnete Gebiet, in dem die
Bundesrepublik Deutschland in Übereinstimmung mit
dem Völkerrecht ihre Rechte hinsichtlich des Meeres-
grundes und des Meeresuntergrundes sowie ihrer
Naturschätze ausüben darf;
- b) bedeutet der Ausdruck „Island“, im geographischen
Sinne verwendet, das Hoheitsgebi der Republik Is-
land sowie das an die Hoheitsgewässer Islands an-
grenzende und steuerrechtlich als Inland bezeichnete
Gebiet, in dem Island in Übereinstimmung mit dem
Völkerrecht seine Rechte hinsichtlich des Meeres-
grundes und des Meeresuntergrundes sowie ihrer
Naturschätze ausüben darf;
- c) bedeuten die Ausdrücke „ein Vertragsstaat“ und „der
andere Vertragsstaat“, je nach dem Zusammenhang,
die Bundesrepublik Deutschland oder Island;
- d) umfaßt der Ausdruck „Person“ natürliche Personen,
Gesellschaften und alle anderen Rechtsträger, die als
solche besteuert werden; er umfaßt auch Personen-
gesellschaften;
- e) bedeutet der Ausdruck „Gesellschaft“ juristische Per-
sonen oder Rechtsträger, die für die Besteuerung wie
juristische Personen behandelt werden;
- f) bedeuten die Ausdrücke „Unternehmen eines Ver-
tragsstaates“ und „Unternehmen des anderen Ver-
tragsstaates“, je nach dem Zusammenhang, ein Unter-
nehmen, das von einer in der Bundesrepublik Deutsch-
land ansässigen Person betrieben wird, oder ein
Unternehmen, das von einer in Island ansässigen Per-
son betrieben wird;
- g) bedeuten die Ausdrücke „in einem Vertragsstaat an-
sässige Person“ und „in dem anderen Vertragsstaat
ansässige Person“, je nach dem Zusammenhang, eine
Person, die in der Bundesrepublik Deutschland an-
sässig ist, oder eine Person, die in Island ansässig ist;
- h) bedeutet der Ausdruck „Steuer“, je nach dem Zusam-
menhang, die deutsche Steuer oder die isländische
Steuer;

félagaskattur (die Körperschaftsteuer).

eignarskattur (die Vermögensteuer) og
viðskiptaskattur (die Gewerbesteuer),

þar með taldir skattar, sem á eru lagðir til viðbótar, og
byggðir á framangreindum sköttum (hér eftir nefndur
„þýzkur skattur“);

b) á Íslandi:

tekjuskattur til ríkisins.

eignarskattur til ríkisins,

tekjuútsvar til sveitarfélaga og

eignarútsvar til sveitarfélaga,

þar með taldir skattar, sem á eru lagðir til viðbótar, og
byggðir á framangreindum sköttum
(hér eftir nefndur „íslenskur skattur“).

4. Samningurinn tekur einnig til allra þeirra skatta, sömu
eða svipaðrar tegundar, sem síðar verða lagðir á til viðbótar
eða í staðinn fyrir gildandi skatta.

5. Ákvæði samnings þessa, að því er varðar skattlagningu
á tekjur eða eignir, taka einnig til hins þýzka viðskiptaskatts,
sem reiknaður er af öðrum stofni en tekjum eða eignum.

3. grein

1. Í samningi þessum merkja neðangreind hugtök eftir-
farandi, nema annað leiði af samhenginu:

- a) „Sambandslýðveldið Þýzkaland“, þegar notað í land-
fræðilegum skilningi merkir landssvæði það, þar sem
Grundvallarlög Sambandslýðveldisins Þýzkalands gilda,
svo og sérhvert það svæði, sem liggur að landhelgi Sam-
bandslýðveldisins Þýzkalands og þar sem Sambands-
lýðveldið Þýzkaland getur, í samræmi við reglur alþjóða-
laga, beitt rétti sínum, að því er varðar hafsbotninn og
jarðlögin undir honum og náttúruauðafi þeirra og með
er farið sem innlent svæði að skattalögum.
- b) „Ísland“, þegar notað í landfræðilegum skilningi, merkir
landssvæði Lýðveldisins Íslands, svo og sérhvert það
svæði, sem liggur að landhelgi Íslands og þar sem Ísland
getur, í samræmi við reglur alþjóðalaga, beitt rétti sínum,
að því er varðar hafsbotninn og jarðlögin undir honum
og náttúruauðafi þeirra og með er farið sem innlent
svæði að skattalögum.
- c) „aðildarríki“ og „hitt aðildarríkið“ merkja Sambands-
lýðveldið Þýzkaland eða Ísland eftir því sem efnið gefur
til kynna.
- d) „aðili“ merkir mann, félag og sérhverja aðra stofnun,
sem skattskyld er sem slík, þar með talið sameignarfélag.
- e) „félag“ merkir sérhverja persónu að lögum eða sérhverja
aðra stofnun, sem telzt persóna að lögum, að því er skatta
varðar.
- f) „fyrirtæki í aðildarríki“ og „fyrirtæki í hinu aðildarrík-
inu“ merkir fyrirtæki, sem rekið er af aðila heimilis-
föstum í Sambandslýðveldinu Þýzkalandi og fyrirtæki,
sem rekið er af aðila heimilisföstum á Íslandi, eftir því
sem efnið gefur til kynna.
- g) „aðili heimilisfastur í aðildarríki“ og „aðili heimilisfastur
í hinu aðildarríkinu“ merkir aðila, sem er heimilisfastur
í Sambandslýðveldinu Þýzkalandi, eða aðila, sem er
heimilisfastur á Íslandi, eftir því sem efnið gefur til kynna.
- h) „skattur“ merkir þýzkan skatt eða íslenskan skatt, eftir
því sem efnið gefur til kynna.

i) bedeutet der Ausdruck „Staatsangehöriger“

aa) in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:

alle Deutschen im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland sowie alle juristischen Personen, Personengesellschaften und andere Personenvereinigungen, die nach dem in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Recht errichtet worden sind;

bb) in Bezug auf Island:

alle natürlichen Personen, die die isländische Staatsangehörigkeit besitzen, sowie alle juristischen Personen, Personengesellschaften und anderen Personenvereinigungen, die nach dem in Island geltenden Recht errichtet worden sind;

j) bedeutet der Ausdruck „zuständige Behörde“ auf seiten der Bundesrepublik Deutschland den Bundesminister der Finanzen und auf seiten Islands den Finanzminister oder seinen bevollmächtigten Vertreter.

(2) Bei Anwendung des Abkommens durch einen Vertragstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder nicht anders definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, welche Gegenstand des Abkommens sind.

Artikel 4

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „eine in einem Vertragstaat ansässige Person“ eine Person, die nicht unter Absatz 4 fällt und die nach dem Recht dieses Staates dort auf Grund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist.

(2) Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragstaaten ansässig, so gilt folgendes:

- a) Die Person gilt als in dem Vertragstaat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt. Verfügt sie in beiden Vertragstaaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Vertragstaat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen).
- b) Kann nicht bestimmt werden, in welchem Vertragstaat die Person den Mittelpunkt der Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Vertragstaaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Vertragstaat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat.
- c) Hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Vertragstaaten oder in keinem der Vertragstaaten, so gilt sie als in dem Vertragstaat ansässig, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt.
- d) Besitzt die Person die Staatsangehörigkeit beider Vertragstaaten oder keines Vertragstaates, so regeln die zuständigen Behörden der Vertragstaaten die Frage in gegenseitigem Einvernehmen.

(3) Ist nach Absatz 1 eine andere als eine natürliche Person in beiden Vertragstaaten ansässig, so gilt sie als in dem Vertragstaat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet.

(4) Eine Personengesellschaft gilt als in dem Vertragstaat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet. Die Artikel 5 bis 22 finden jedoch nur auf das Einkommen oder Vermögen einer Personengesellschaft Anwendung, das in dem Vertragstaat, in dem sie als ansässig gilt, der Besteuerung unterliegt.

i) „ríkisborgari“ merkir:

aa. að því er Sambandslýðveldið Dýzkaland varðar:

alla þá, sem þjóðverjar eru samkvæmt skilgreiningu 1. mgr. 116. gr. Grundvallarlaga Sambandslýðveldisins Dýzkalands, svo og allar persónur að lögum, sameignarfélög og samtök, sem byggja réttarstöðu sína á gildandi lögum Sambandslýðveldisins Dýzkalands.

bb. að því er Ísland varðar:

alla menn, sem hafa íslenskt ríkisfang, svo og allar persónur að lögum, sameignarfélög og samtök, sem byggja réttarstöðu sína á gildandi íslenskum lögum.

j) „bært stjórnvald“ merkir, að því er Sambandslýðveldið Dýzkaland varðar, fjármálaráðherra Sambandslýðveldisins, og að því er Ísland varðar, fjármálaráðherrann eða umboðsmann hans.

2. Við framkvæmd aðildarríkis á ákvæðum samnings þessa skulu, nema annað leiði af efninu, öll hugtök, sem ekki eru skilgreind á annan hátt, hafa sömu merkingu og í lögum viðkomandi ríkis, að því er varðar skatta þá, sem samningur þessi tekur til.

4. grein

1. Í samningi þessum merkir hugtakið „aðili heimilisfastur í aðildarríki“ sérhvern þann aðila, sem 4. tl. tekur ekki til og sem að lögum þess ríkis er skattskyldur þar vegna heimilisfesti, búsetu, stjórnaraðseturs eða af öðrum svipuðum ástæðum.

2. Degar maður telst heimilisfastur í báðum aðildarríkjunum samkvæmt 1. tl., skal úrskurða málið eftir neðangreindum reglum:

- a) Maður telst heimilisfastur í því aðildarríki, þar sem hann á fast heimili. Eigi hann fast heimili í báðum aðildarríkjunum, telst hann heimilisfastur í því aðildarríki, sem hann er nánar tengdur persónulega og fjárhagslega (miðstöð persónuhagsmuna).
- b) Ef ekki er unnt að ákvarða, í hvoru aðildarríkinu maður hefir miðstöð persónuhagsmuna sinna, eða ef hann í hvorugu aðildarríkinu á fast heimili, telst hann heimilisfastur í því aðildarríki, þar sem hann dvelst að jafnaði.
- c) Ef maður dvelst að jafnaði í báðum aðildarríkjunum eða í hvorugu þeirra, telst hann heimilisfastur í því aðildarríki, þar sem hann á ríkisfang.
- d) Ef maður á ríkisfang í báðum eða hvorugu aðildarríkjunna, skulu bær stjórnvöld í aðildarríkjunum leysa málið með gagnkvæmu samkomulagi.

3. Degar aðili, annar en maður, telst eiga heimilisfang í báðum aðildarríkjunum samkvæmt 1. tl., telst hann heimilisfastur í því aðildarríki, þar sem raunveruleg framkvæmdastjórn hans hefur aðsetur.

4. Sameignarfélag telst heimilisfastur í því aðildarríki, þar sem raunveruleg framkvæmdastjórn þess hefur aðsetur. Ákvæði 5. gr. til og með 22. gr. taka samt sem áður aðeins til þeirra tekna eða eigna sameignarfélags, sem skattskyldar eru í því aðildarríki, þar sem það telst heimilisfastur.

Artikel 5

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „Betriebsstätte“ eine feste Geschäftseinrichtung, in der die Tätigkeit des Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

(2) Der Ausdruck „Betriebsstätte“ umfaßt insbesondere:

- a) einen Ort der Leitung,
- b) eine Zweigniederlassung,
- c) eine Geschäftsstelle,
- d) eine Fabrikationsstätte,
- e) eine Werkstätte,
- f) ein Bergwerk, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung von Bodenschätzen,
- g) eine Bauausführung oder Montage, deren Dauer zwölf Monate überschreitet.

(3) Als Betriebsstätten gelten nicht:

- a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;
- b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden;
- c) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;
- d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;
- e) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen zu werben, Informationen zu erteilen, wissenschaftliche Forschung zu betreiben oder ähnliche Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen.

(4) Ist eine Person — mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 5 — in einem Vertragsstaat für ein Unternehmen des anderen Vertragsstaates tätig, so gilt eine in dem erstgenannten Staat gelegene Betriebsstätte als gegeben, wenn die Person eine Vollmacht besitzt, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und die Vollmacht in diesem Staat gewöhnlich ausübt, es sei denn, daß sich ihre Tätigkeit auf den Einkauf von Gütern oder Waren für das Unternehmen beschränkt.

(5) Ein Unternehmen eines Vertragsstaates wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebsstätte in dem anderen Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

(6) Allein dadurch, daß eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die in dem anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebsstätte oder in anderer Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird eine der beiden Gesellschaften nicht zur Betriebsstätte oder anderen.

Artikel 6

(1) Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen können in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem dieses Vermögen liegt.

(2) Der Ausdruck „unbewegliches Vermögen“ bestimmt sich nach dem Recht des Vertragsstaates, in dem

5. grein

1. Í samningi þessum merkir hugtakið „föst atvinnustöð“ fasta atvinnustofnun, þar sem starfsemi fyrirtækisins fer að nokkru eða öllu leyti fram.

2. „Föst atvinnustöð“ er einkum:

- a) aðsetur framkvæmdastjórnar;
- b) útibú;
- c) skrifstofa;
- d) verksmíðja;
- e) verkstæði;
- f) náma, grjótnáma eða annar staður, þar sem náttúruauðlindir eru nýttar;
- g) byggingaframkvæmdir eða samsetningarvinna, sem standur yfir lengur en tólf mánuði.

3. „Föst atvinnustöð“ tekur ekki til:

- a) aðstöðu, sem einskorðuð er við geymslu, sýningu eða afhendingu á vörum í eigu fyrirtækisins;
- b) vörubirgða í eigu fyrirtækisins, sem eingöngu eru ætlaðar til geymslu, sýningar eða afhendingar;
- c) vörubirgða í eigu fyrirtækisins, sem eingöngu eru ætlaðar til vinnslu hjá öðru fyrirtæki;
- d) fastrar atvinnustofnunar, sem einungis er notuð í sambandi við vörukaup eða öflun upplýsinga fyrir fyrirtækið;
- e) fastrar atvinnustofnunar, sem einungis er notuð til auglýsingastarfsemi, upplýsingastarfsemi, vísindarannsóknar eða svipaðrar starfsemi, sem felur í sér undirbúnings- eða aðstoðarstörf vegna fyrirtækisins.

4. Aðili, sem hefir á hendi starfsemi í aðildarríki fyrir fyrirtæki í hinu aðildarríkinu — undanskilinn er þó óháður umboðsaðili samkvæmt 5. tl. — skal teljast föst atvinnustöð í fyrrnefnda ríkinu, ef hann hefur heimild til að gera samninga fyrir hönd fyrirtækisins í því ríki og að jafnaði beitir þessari heimild, nema starfsemi hans sé einskorðuð við vörukaup fyrir fyrirtækið.

5. Fyrirtæki í aðildarríki telst ekki hafa fasta atvinnustöð í hinu aðildarríkinu, þótt það reki þar viðskipti fyrir milligöngu miðlara, umboðsmanns eða annars óháðs umboðsaðila, svo framarlega sem þessir aðilar koma fram innan takmarka venjulegs atvinnureksturs síns.

6. Dótt félag, sem er heimilisfast í aðildarríki, stjórnir eða sé stjórnað af félagi, sem er heimilisfast í hinu aðildarríkinu eða rekur viðskipti í síðarnefnda ríkinu (annað hvort fyrir milligöngu fastrar atvinnustöðvar eða á annan hátt), leiðir það í sjálflu sér ekki til þess, að annað hvort þessara félaga sé föst atvinnustöð hins.

6. grein

1. Tokjur af fasteign má skattleggja í því aðildarríki, þar sem fasteignin er.

2. Hugtakið „fasteign“ skal skýra í samræmi við lög þess aðildarríkis, þar sem fasteignin er. Í öllum tilvikum felur

das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfaßt in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die Rechte, auf die die Vorschriften des Privatrechts über Grundstücke Anwendung finden, die Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie die Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen Bodenschätzen; Schiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.

(3) Absatz 1 gilt für die Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

(4) Die Absätze 1 und 3 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens und für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, das der Ausübung eines freien Berufes dient.

Artikel 7

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaates können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, daß das Unternehmen seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte ausübt. Übt das Unternehmen seine Tätigkeit in dieser Weise aus, so können die Gewinne des Unternehmens in dem anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebsstätte zugerechnet werden können.

(2) Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaates seine Tätigkeit in dem anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus, so sind in jedem Vertragsstaat dieser Betriebsstätte die Gewinne zuzurechnen, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Tätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebsstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebsstätte werden die für diese Betriebsstätte entstandenen Aufwendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten, zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebsstätte liegt, oder anderswo entstanden sind.

(4) Soweit es in einem Vertragsstaat üblich ist, die einer Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne durch Aufteilung der Gesamtgewinne des Unternehmens auf seine einzelnen Teile zu ermitteln, schließt Absatz 2 nicht aus, daß dieser Vertragsstaat die zu steuernden Gewinne nach der üblichen Aufteilung ermittelt; die Art der angewendeten Gewinnaufteilung muß jedoch so sein, daß das Ergebnis mit den Grundsätzen dieses Artikels übereinstimmt.

(5) Auf Grund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebsstätte kein Gewinn zugerechnet.

(6) Bei Anwendung der vorstehenden Absätze sind die der Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne jedes Jahr auf dieselbe Art zu ermitteln, es sei denn, daß ausreichende Gründe dafür bestehen, anders zu verfahren.

(7) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

hugtakið í sér fylgifé með fasteign, áhöfn og tæki, sem notuð eru í landbúnaði og við skógarnytjar, réttindi varðandi landeignir samkvæmt reglum einkamálaréttarins, afnotarétt af fasteign og rétt til fastrar eða breytilegrar þóknunar sem endurgjald fyrir hagnýtingu eða rétt til að hagnýta námur, lindir og aðrar náttúruauðlindir. Skip, bátar og loftför teljast ekki til fasteigna.

3. Ákvæði 1. tl. gilda um tekjur af beinni hagnýtingu, leigu og hvers konar öðrum afnotum fasteignar.

4. Ákvæði 1. og 3. tl. gilda einnig um tekjur af fasteign í eigu fyrirtækis og um tekjur af fasteign, sem hagnýtt er við sjálfstæða starfsemi.

7. grein

1. Hagnaður fyrirtækis í aðildarríki er skattskyldur einungis í því ríki, nema fyrirtækið hafi með höndum atvinnurekstur í hinu aðildarríkinu frá fastri atvinnustöð þar. Ef fyrirtækið hefir slíkan atvinnurekstur með höndum, má leggja skatt á hagnað fyrirtækisins í síðarnefnda ríkinu, en þó einungis að því marki, sem hagnaðurinn stafar frá nefndri fastri atvinnustöð.

2. Þegar fyrirtæki í aðildarríki hefur með höndum atvinnurekstur í hinu aðildarríkinu frá fastri atvinnustöð þar, skal hvort aðildarríkið um sig telja föstu atvinnustöðinni þann hagnað, sem ætla má að fallið hefði í hennar hlut, ef hún hefði verið sérstakt og sjálfstætt fyrirtæki, sem hefði með höndum sams konar eða svipaðan atvinnurekstur við sömu eða svipaðar aðstæður og kæmi sjálfstætt fram í skiptum við fyrirtæki það, sem hún er föst atvinnustöð fyrir.

3. Við ákvörðun hagnaðar fastrar atvinnustöðvar skal leyfa sem frádrátt útgjöld, sem leiða af því, að hún er föst atvinnustöð, þar með talinn kostnaður við framkvæmdastjórn og venjulegur stjórnunarkostnaður, hvort heldur kostnaðurinn er til orðinn í því ríki, þar sem fasta atvinnustöðin er eða annars staðar.

4. Að því leyti sem venja hefir verið í aðildarríki, að ákvarða hagnað fastrar atvinnustöðvar á grundvelli skiptingar heildarhagnaðar fyrirtækisins á hina ýmsu hluta þess, skal ekkert í 2. tl. útiloka það aðildarríki frá því að ákveða skattskyldan hagnað eftir þeirri skiptingu, sem venja hefir verið. Aðferð sú, sem notuð er við skiptinguna, skal samt sem áður vera slík, að niðurstaðan verði í samræmi við þær meginreglur, sem ákveðnar eru í þessari grein.

5. Engan hagnað skal telja fastri atvinnustöð, eingöngu vegna vörukaupa hennar fyrir fyrirtækið.

6. Við notkun ákvæða framangreindra töhlulíða skal hagnaður, sem talinn er fastri atvinnustöð, ákvarðast eftir sömu reglum frá ári til árs, nema fullnægjandi ástæða sé til annars.

7. Þegar hagnaðurinn felur í sér tekjur, sem sérstök ákvæði eru um í öðrum greinum samnings þessa, skulu ákvæði þessarar greinar ekki hafa áhrif á gildi þeirra ákvæða.

Artikel 8

(1) Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr können nur in dem Vertragstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend für Beteiligungen eines Unternehmens, das Seeschiffe oder Luftfahrzeuge im internationalen Verkehr betreibt, an einem Pool, einer Betriebsgemeinschaft oder einem anderen internationalen Betriebszusammenschluß gleich welcher Art.

(3) Befindet sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung eines Unternehmens der Seeschifffahrt an Bord eines Schiffes, so gilt er als in dem Vertragstaat gelegen, in dem der Heimathafen des Schiffes liegt, oder, wenn kein Heimathafen vorhanden ist, in dem Vertragstaat, in dem die Person, die das Schiff betreibt, ansässig ist.

Artikel 9

Wenn

- a) ein Unternehmen eines Vertragstaates unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder am Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragstaates beteiligt ist, oder
- b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder am Kapital eines Unternehmens eines Vertragstaates und eines Unternehmens des anderen Vertragstaates beteiligt sind,

und in diesen Fällen zwischen den beiden Unternehmen hinsichtlich ihrer kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen Bedingungen vereinbart oder auferlegt werden, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

Artikel 10

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragstaat ansässige Gesellschaft an eine in dem anderen Vertragstaat ansässige Person zahlt, können in dem anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Dividenden können jedoch in dem Vertragstaat, in dem die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber nicht übersteigen:

- a) 5 vom Hundert des Bruttobetrages der Dividenden, wenn der Empfänger eine Gesellschaft (ausgenommen eine Personengesellschaft) ist, die unmittelbar über mindestens 25 vom Hundert des Kapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft verfügt;
- b) 15 vom Hundert des Bruttobetrages der Dividenden in allen anderen Fällen.

(3) Ungeachtet des Absatzes 2 kann bei Dividenden, die eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Gesellschaft an eine in Island ansässige Gesellschaft zahlt, der mindestens 25 vom Hundert des Kapitals der deutschen Gesellschaft unmittelbar oder mittelbar gehören, die deutsche Steuer nach einem Satz von höchstens 27,5 vom Hundert des Bruttobetrages der Dividenden erhoben werden, wenn der Satz der deutschen Körperschaftsteuer für ausgeschüttete Gewinne niedriger ist als der Satz für nichtausgeschüttete Gewinne und der Unterschied zwischen diesen beiden Sätzen mindestens 15 Punkte beträgt.

(4) Ungeachtet des Absatzes 2 kann bei Dividenden, die eine in Island ansässige Gesellschaft an eine in der

8. grein

1. Hagnaður af rekstri skipa eða loftfara á alþjóðaleiðum skal einungis skattlagður í því aðildarríki, þar sem raunveruleg framkvæmdastjórn fyrirtækisins hefir aðsetur.

2. Ákvæði 1. tl. skulu einnig eiga við um þátttöku í rekstrar-samvinnu (pools), viðskiptasamtökum eða hvers konar alþjóðlegri samvinnu fyrirtækja, sem hafa með höndum rekstur skipa eða loftfara á alþjóðaleiðum.

3. Ef aðsetur raunverulegrar framkvæmdastjórnar útgerðarfyrirtækis er um borð í skipi, skal hún teljast hafa aðsetur í því aðildarríki, þar sem heimahöfn skipsins er eða ef ekki er um slíka heimahöfn að ræða. Þá í því aðildarríki, þar sem útgerðarmaður skipsins er heimilisfastur.

9. grein

Þegar:

- a) fyrirtæki í aðildarríki tekur beinan eða óbeinan þátt í stjórn, yfirráðum eða fjármagni fyrirtækis í hinu aðildarríkinu, eða
- b) sömu aðilar taka beinan eða óbeinan þátt í stjórn, yfirráðum eða fjármagni fyrirtækis í aðildarríki og fyrirtækis í hinu aðildarríkinu,

skulu eftirfarandi ákvæði gilda:

Ef fyrirtæki semja eða ákveða skilmála um innbyrðis samband sitt á viðskipta- eða fjármálasviðinu, sem eru frábrugðnir því, sem væri, ef fyrirtækin væru hvort öðru óháð, má allur hagnaður, sem án þessara skilmála hefði runnið til annars fyrirtækisins, en rennur ekki til þess vegna skilmálanna, teljast sem hagnaður þess fyrirtækis og skattleggjast samkvæmt því.

10. grein

1. Ágóðahluti, sem félag heimilisfast aðildarríki, greiðir aðila heimilisföstu í hinu aðildarríkinu má skattleggja í síðarnefnda ríkinu.

2. Slíka ágóðahluti má þó skattleggja í því aðildarríki þar sem félagið, sem greiðir ágóðahlutina er heimilisfast og eftir lögum þess ríkis, en skatturinn, sem þannig er á lagður, má þó eigi vera hærri en:

- a) 5% af vergri fjárhæð ágóðahlutanna, ef móttakandinn er félag (undanskilið er þó sameignarfélag), sem á beint að minnsta kosti 25% eignarhlutdeild í félaginu, sem ágóðahlutina greiðir;
- b) 15% af vergri fjárhæð ágóðahlutanna í öllum öðrum tilvikum.

3. Þegar ágóðahlutir eru greiddir félagi heimilisföstu á Íslandi, af félagi heimilisföstu í Sambandslýðveldinu Þýskalandi, og eignarhlutdeild íslenska félagsins í því er beint eða óbeint að minnsta kosti 25%, má, þrátt fyrir ákvæði 2. tl., leggja þýzkan skatt á ágóðahlutina, þó eigi hærri en 27,5% af vergri fjárhæð þeirra, enda sé skattstigi þýzks félagskatts á úthlutaðan hagnað lægri en á úthlutaðan hagnað og munurinn á þessum tveimur skattstigum 15 hundradshlutar eða meiri.

4. Þegar ágóðahlutir eru greiddir félagi heimilisföstu í Sambandslýðveldinu Þýskalandi, af félagi heimilisföstu á

Bundesrepublik Deutschland ansässige Gesellschaft zahlt, der mindestens 25 vom Hundert des Kapitals der isländischen Gesellschaft unmittelbar oder mittelbar gehören, die isländische Steuer nach einem Satz von höchstens 36 vom Hundert des Bruttobetrag der Dividenden erhoben werden, soweit diese Dividenden vom Einkommen der isländischen Gesellschaft für die Zwecke der isländischen Besteuerung dieser Gesellschaft abgesetzt worden sind.

(5) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Dividenden“ bedeutet Einkünfte aus Aktien, Kuxen, Gründeranteilen oder anderen Rechten — ausgenommen Forderungen — mit Gewinnbeteiligung sowie aus sonstigen Gesellschaftsanteilen stammende Einkünfte, die nach dem Steuerrecht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Einkünften aus Aktien gleichgestellt sind, und Einkünfte eines stillen Gesellschafters aus seiner Beteiligung als stiller Gesellschafter sowie Ausschüttungen auf Anteilscheine von Kapitalanlagegesellschaften.

(6) Die Absätze 1 bis 4 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger der Dividenden in dem anderen Vertragsstaat, in dem die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine Betriebsstätte hat und die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(7) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragsstaat, so darf dieser andere Staat weder die Dividenden besteuern, die die Gesellschaft an nicht in diesem anderen Staat ansässige Personen zahlt, noch Gewinne der Gesellschaft einer Steuer für nichtausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nichtausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus in dem anderen Staat erzielter Gewinnen oder Einkünften bestehen.

Artikel 11

(1) Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können nur in dem anderen Staat besteuert werden.

(2) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Zinsen“ bedeutet Einkünfte aus öffentlichen Anleihen, aus Schuldverschreibungen, auch wenn sie durch Pfandrechte gesichert oder mit einer Gewinnbeteiligung ausgestattet sind, und aus Forderungen jeder Art sowie alle anderen Einkünfte, die nach dem Steuerrecht des Staates, aus dem sie stammen, den Einkünften aus Darlehen gleichgestellt sind.

(3) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger der Zinsen in dem anderen Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine Betriebsstätte hat und die Forderung, für die die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(4) Zinsen gelten als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst, eines seiner Länder, eine ihrer Gebietskörperschaften oder eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Zinsen, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte und ist die Schuld, für die die Zinsen gezahlt werden, für Zwecke der Betriebsstätte eingegangen und trägt die Betriebsstätte die Zinsen, so gelten die Zinsen als aus dem Vertragsstaat stammend, in dem die Betriebsstätte liegt.

(5) Bestehen zwischen Schuldner und Gläubiger oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere

Islandi, og eignarhlutdeild þýzka félagsins í því er beint eða óbeint að minnsta kosti 25%, má, þrátt fyrir ákvæði 2. t.l., leggja íslenskan skatt á ágóðahlutina, þó eigi hærri en 36% af vergri fjárhæð þeirra, þó aðeins að því marki, sem slíkir ágóðahlutir voru dregnir frá tekjum íslenska félagsins við ákvörðun íslenska félagskattsins.

5. Hugtakið „ágóðahlutir“ merkir í þessari grein tekjur af hlutabréfum, námuhlutabréfum, stofnbrefum eða öðrum réttindum, sem ekki eru skuldakröfur, til hlutdeildar í hagnaði, svo og tekjur af öðrum félagsréttindum, sem jafngilda tekjum af hlutabréfum samkvæmt skattalöggjöf þess ríkis, þar sem félagið, sem úthlutunina framkvæmir, er heimilisfast, svo og tekjur, sem óvirkur félagi fær vegna þátttöku sinnar sem slíkur og úthlutanir af hlutdeildarskírteinum fjárfestingarsamtaka (certificates of an investment trust).

6. Ákvæði 1. til 4. t.l. gilda ekki, þegar viðtakandi ágóðahlutanna er heimilisfastur í aðildarríki, en rekur í hinu aðildarríkinu, þar sem félag það, sem ágóðahlutina greiðir er heimilisfast, fasta atvinnustöð, sem eignarréttindin, sem ágóðahlutirnir eru greiddir af, eru raunverulega bundin við. Í því tilviki gilda ákvæði 7. gr.

7. Ef félag, sem er heimilisfast í aðildarríki, fær hagnað eða tekjur frá hinu aðildarríkinu, getur síðarnefnda ríkið ekki skattlagt ágóðahlutina, sem félagið greiðir aðilum. Sem ekki eru heimilisfastir í því ríki, eða lagt skatt á óúthlutaðan hagnað félagsins. Þetta gildir jafnt, þótt greiddu ágóðahlutirnir eða óúthlutaði hagnaðurinn sé að öllu eða nokkru leyti hagnaður eða tekjur, sem hafa myndast í síðarnefnda ríkinu.

11. grein

1. Vextir, sem myndast í aðildarríki og greiddir eru aðila heimilisföstum í hinu aðildarríkinu, skulu einungis skattlagðir í síðarnefnda ríkinu.

2. Hugtakið „vextir“ í þessari grein merkir tekjur af opinberum skuldabréfum, skuldabréfum eða skuldaviðurkenningum, án tillits til hvort þau eru tryggt með vði eða fela í sér rétt til hlutdeildar í hagnaði eða ekki, og hvers konar skuldakröfum, svo og allar aðrar tekjur, sem jafngilda tekjum af lánuðu fé, samkvæmt skattalöggjöf þess ríkis, þar sem tekjurnar mynduðust.

3. Ákvæði 1. t.l. gilda ekki, þegar viðtakandi vaxtanna er heimilisfastur í aðildarríki, en rekur í hinu aðildarríkinu, þar sem vextirnir mynduðust, fasta atvinnustöð, sem skuldakrafan, sem vextina ber, er raunverulega bundin við. Í því tilviki gilda ákvæði 7. gr.

4. Vextir teljast hafa myndast í aðildarríki, þegar greiðandinn er ríkið sjálft, einstök ríki þess (Länder), opinberar stofnanir þess, sveitarstjórnir eða aðili heimilisfastur í því ríki. Þegar, hins vegar, aðilinn, sem vextina greiðir, hvort sem hann er heimilisfastur í aðildarríki eða ekki, rekur í aðildarríki fasta atvinnustöð og stofnað er til skuldbindingarinnar, sem vextina ber, í sambandi við föstu atvinnustöðina og vextirnir fæðir henni til gjalda, þá skulu vextirnir teljast hafa myndast í því aðildarríki, þar sem fasta atvinnustöðin er.

5. Þegar sérstakt samband milli greiðanda og viðtakanda eða milli beggja þessara aðila og þriðja aðila, leiðir til þess,

Beziehungen und übersteigen deshalb die gezahlten Zinsen, gemessen an der zugrunde liegenden Forderung, den Betrag, den Schuldner und Gläubiger ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf diesen letzten Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht jedes Vertragsstaates und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 12

(1) Lizenzgebühren, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können nur in dem anderen Staat besteuert werden.

(2) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Lizenzgebühren“ bedeutet Vergütungen jeder Art, die für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken, einschließlich kinematographischer Filme, von Patenten, Warenzeichen, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Benutzung oder das Recht auf Benutzung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Ausrüstungen oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen gezahlt werden.

Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger der Lizenzgebühren in dem anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine Betriebsstätte hat und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(4) Lizenzgebühren gelten als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Vertragsstaat selbst, eines seiner Länder, eine ihrer Gebietskörperschaften oder eine in diesem Vertragsstaat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Lizenzgebühren, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte und ist die Verpflichtung zur Zahlung der Lizenzgebühren für Zwecke der Betriebsstätte eingegangen und trägt die Betriebsstätte die Lizenzgebühren, so gelten die Lizenzgebühren als aus dem Vertragsstaat stammend, in dem die Betriebsstätte liegt.

(5) Bestehen zwischen Schuldner und Gläubiger oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die gezahlten Lizenzgebühren, gemessen an der zugrunde liegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Gläubiger ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf diesen letzten Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht jedes Vertragsstaates und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 13

(1) Gewinne aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 können in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem dieses Vermögen liegt.

(2) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte darstellt, die ein Unternehmen eines Vertragsstaates in dem anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, über die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für die Ausübung eines freien Berufes in dem anderen Vertragsstaat verfügt, einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebsstätte (allein oder zusammen mit dem übrigen

aß vaxtafjárhæðin, miðuð við þá skuldakröfu, sem hún er greidd af, er hærri en sú vaxtafjárhæð, sem greiðandi og viðtakandi hefðu samið um, ef þetta sérstaka samband hefði ekki verið fyrir hendi, þá skulu ákvæði þessarar greinar einungis gilda um síðarnefndu fjárhæðina. Þegar þannig stendur á, skal fjárhæðin, sem umfram er, vera skattskyld í samræmi við skattalög hvors aðildarríkis um sig, en taka skal í því sambandi tillit til annarra ákvæða samnings þessa.

12. grein

1. Þóknarir, sem myndast í aðildarríki og greiddar eru aðila heimilisföstum í hinu aðildarríkinu, skulu einungis skattlagðar í síðarnefnda ríkinu.

2. Hugtakið „þóknarir“ í þessari grein merkir sérhverjar greiðslur, sem tekið er við sem endurgjaldi fyrir afnot eða rétt til hagnýtingar hvers konar höfundarréttar á bókmennta-, lista- eða vísindasviðinu, þar með taldar kvikmyndir, einkaleyfi, vörumerki, munstur eða líkón, áætlanir, leynilegar uppskriftir eða framleiðsluaðferdir, eða fyrir afnot eða rétt til að hagnýta iðnaðar-, viðskipta- eða vísindabúnað eða fyrir upplýsingar um reynslu á iðnaðar-, viðskipta- eða vísindasviðinu.

3. Ákvæði 1. tl. gilda ekki, þegar viðtakandi þóknanna er heimilisfastur í aðildarríki, en rekur í hinu aðildarríkinu, þar sem þóknarnir mynduðust, fasta atvinnustöð, sem réttindin eða eignin, sem þóknarnir stafa frá, er raunverulega bundin við. Í því tilviki gilda ákvæði 7. gr.

4. Þóknarir teljast hafa myndast í aðildarríki, þegar greiðandinn er aðildarríkið sjálft, einstök ríki þess (Länder), opinberar stofnanir þess sveitarstjórnir eða aðili heimilisfastur í því ríki. Þegar, hins vegar, aðilinn, sem þóknarnir greiðir, hvort sem hann er heimilisfastur í aðildarríki eða ekki, rekur í aðildarríki fasta atvinnustöð og skyldan til að greiða þóknarnir var stofnuð í sambandi við föstu atvinnustöðina og þær færðar henni til gjalda, þá skulu þóknarnir teljast hafa myndast í því aðildarríki, þar sem fasta atvinnustöðin er.

5. Þegar sérstakt samband milli greiðanda og viðtakanda eða milli beggja þessara aðila og þriðja aðila, leiðir til þess, að fjárhæð þóknanna, miðuð við þau afnot, réttindi eða upplýsingar, sem greitt er fyrir, er hærri en sú fjárhæð, sem greiðandi og viðtakandi hefðu samið um, ef þetta sérstaka samband hefði ekki verið fyrir hendi, þá skulu ákvæði þessarar greinar einungis gilda um síðarnefndu fjárhæðina. Þegar þannig stendur á, skulu greiðslurnar, sem umfram eru, vera skattskyldar í samræmi við skattalög hvors aðildarríkis um sig, en taka skal í því sambandi tillit til annarra ákvæða samnings þessa.

13. grein

1. Ágóða af sölu fasteignar, sem nánar er skilgreind í 2. tl. 6. gr., má skattleggja í því aðildarríki, þar sem fasteignin er.

2. Ágóða af sölu lausafjár, sem er hluti atvinnurekstrareignar fastrar atvinnustöðvar, sem fyrirtæki í aðildarríki rekur í hinu aðildarríkinu, má skattleggja í síðarnefnda ríkinu. Hið sama gildir um sölu lausafjár, sem tilheyrir fastri stofnun, sem aðili heimilisfastur í aðildarríki hefur í hinu aðildarríkinu til þess að leysa af höndum sjálfstæða starfsemi sína. Þetta á einnig við um ágóða af sölu fastrar atvinnustöðvar (einnar ser eða ásamt fyrirtækinu í heild) eða fastrar stofnunar. Ágóði af sölu lausafjár þeirrar tegundar, sem

Unternehmen) oder einer solchen festen Einrichtung erzielt werden, können in dem anderen Staat besteuert werden. Jedoch können Gewinne aus der Veräußerung des in Artikel 22 Absatz 3 genannten beweglichen Vermögens nur in dem Vertragstaat besteuert werden, in dem dieses bewegliche Vermögen nach dem angeführten Artikel besteuert werden kann.

(3) Gewinne aus der Veräußerung des in den Absätzen 1 und 2 nicht genannten Vermögens können nur in dem Vertragstaat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist.

Artikel 14

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragstaat ansässige Person aus einem freien Beruf oder aus sonstiger selbständiger Tätigkeit ähnlicher Art bezieht, können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, daß die Person für die Ausübung ihrer Tätigkeit in dem anderen Vertragstaat regelmäßig über eine feste Einrichtung verfügt. Verfügt sie über eine solche feste Einrichtung, so können die Einkünfte in dem anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser festen Einrichtung zugerechnet werden können.

(2) Der Ausdruck „freier Beruf“ umfaßt insbesondere die selbständig ausgeübte wissenschaftliche, literarische, künstlerische, erzieherische oder unterrichtende Tätigkeit sowie die selbständige Tätigkeit der Ärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure, Architekten, Zahnärzte und Buchrevisoren.

Artikel 15

(1) Vorbehaltlich der Artikel 16, 18 und 19 können Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragstaat ansässige Person für unselbständige Arbeit bezieht, nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, daß die Arbeit in dem anderen Vertragstaat ausgeübt wird. Wird die Arbeit dort ausgeübt, so können die dafür bezogenen Vergütungen in dem anderen Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 können Vergütungen, die eine in einem Vertragstaat ansässige Person für eine in dem anderen Vertragstaat ausgeübte unselbständige Arbeit bezieht, nur in dem erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

- a) der Empfänger sich in dem anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage während des betreffenden Kalenderjahres aufhält,
- b) die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht in dem anderen Staat ansässig ist, und
- c) die Vergütungen nicht von einer Betriebsstätte oder einer festen Einrichtung getragen werden, die der Arbeitgeber in dem anderen Staat hat.

(3) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels können Vergütungen für unselbständige Arbeit, die an Bord eines Seeschiffes im internationalen Verkehr ausgeübt wird, in dem Vertragstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

Dieser Absatz gilt entsprechend für Vergütungen für unselbständige Arbeit, die an Bord eines in der Fischerei, im Seehund- oder Walfang eingesetzten Schiffes ausgeübt wird, und zwar auch für Vergütungen, die in Form eines bestimmten Anteils am Ertrag aus diesem Schiffs-einsatz gezahlt werden.

(4) Ungeachtet des Absatzes 1 können Vergütungen für unselbständige Arbeit, die ausschließlich oder überwiegend an Bord eines Luftfahrzeuges ausgeübt wird, das von einem Unternehmen eines Vertragstaates betrieben wird, nur in dem Vertragstaat besteuert werden, in dem der Empfänger ansässig ist.

greinir í 3. tl. 22. gr., er hins vegar einungis skattskyldur í því aðildarríki, þar sem slíkt lausafé er skattskyldt samkvæmt nefndri grein.

3. Ágóði af sölu allra eigna, annarra en þeirra, sem um ræðir í 1. og 2. tl. þessarar greinar, skal einungis vera skattskyldur í því aðildarríki, þar sem seljandinn er heimilisfastur.

14. grein

1. Tekjur, sem aðili heimilisfastur í aðildarríki, hefur af sjálfstæðri starfsemi eða öðru sjálfstæðu starfi svipaðrar tegundar, skulu einungis vera skattskyldar í því ríki, nema hann hafi að jafnaði í hinu aðildarríkinu fasta stofnun, til þess að leysa af höndum þessi störf sín. Ef hann hefur slíka fasta stofnun, má leggja skatt á tekjurnar í hinu aðildarríkinu, en þó einungis þann hluta þeirra, sem rekja má til hinnar föstu stofnunar.

2. Hugtakið „sjálfstæð starfsemi“ merkir einkum sjálfstæð störf á sviði vísinda, bókmennta, lista, kennslu og uppeldismála, svo og sjálfstæð störf lækna, lögfræðinga, verkfræðinga, arkitekta, tannlækna og endurskodenda.

15. grein

1. Með þeim undantekningum, sem um ræðir í 16., 18. og 19. gr., skulu starfslaun, vinnulaun og aðrar svipaðar greiðslur, sem aðili heimilisfastur í aðildarríki, fær fyrir starf sitt, einungis skattlagðar í því ríki, nema starfið sé innt af hendi í hinu aðildarríkinu. Ef starfið er innt af hendi þar, má skattleggja greiðsluna fyrir það í síðarnefnda ríkinu.

2. Drátt fyrir ákvæði 1. tl., skulu greiðslur, sem aðili heimilisfastur í aðildarríki, fær fyrir starf, sem hann innir af höndum í hinu aðildarríkinu, einungis vera skattskyldar í fyrrnefnda ríkinu, ef:

- a) viðtakandinn dvelur í hinu ríkinu í eitt eða fleiri skipti, sem þó ekki fara fram úr 183 dögum samtals á viðkomandi almanaksári, og
- b) greiðslurnar eru inntar af höndum af eða fyrir hönd vinnuveitanda, sem ekki er heimilisfastur í hinu ríkinu, og
- c) greiðslurnar eru ekki gjaldfærðar fastri atvinnustöð eða fastri stofnun, sem vinnuveitandinn rekur í hinu ríkinu.

3. Drátt fyrir framangreind ákvæði þessarar greinar, má skattleggja greiðslur fyrir starf unnið um borð í skipi á alþjóðaleiðum, í því aðildarríki, þar sem raunveruleg framkvæmdastjórn fyrirtækisins hefur aðsetur.

Ákvæði þessa tölulíðar skulu einnig gilda um greiðslur fyrir starf unnið um borð í fiskveiða-, selveiða- eða hvalveiðaskipi, einnig þótt greiðslurnar séu inntar af hendi sem ákveðinn aflahlutur eða hluti af afrakstri þessarar útgerðar.

4. Drátt fyrir ákvæði 1. tl., skulu greiðslur fyrir starf unnið eingöngu eða aðallega um borð í loftfari, sem rekið er af fyrirtæki í aðildarríki, einungis skattlagðar í því aðildarríki, þar sem viðtakandi greiðslanna er heimilisfastur.

Artikel 16

Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrates einer Gesellschaft bezieht, die in dem anderen Vertragstaat ansässig ist, können in dem anderen Staat besteuert werden.

Artikel 17

Ungeachtet der Artikel 14 und 15 können Einkünfte, die berufsmäßige Künstler, wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- oder Fernsehkünstler und Musiker, sowie Sportler aus ihrer in dieser Eigenschaft persönlich ausgeübten Tätigkeit beziehen, in dem Vertragstaat besteuert werden, in dem sie diese Tätigkeit ausüben.

Artikel 18

(1) Vorbehaltlich des Artikels 19 können Vergütungen, die von einem Vertragstaat, einem Land oder einer ihrer Gebietskörperschaften unmittelbar oder aus einem von diesem Staat, dem Land oder der Gebietskörperschaft errichteten Sondervermögen an eine natürliche Person für eine unselbständige Arbeit gezahlt werden, in diesem Staat besteuert werden. Wird die unselbständige Arbeit in dem anderen Vertragstaat von einem Angehörigen dieses Staates ausgeübt, der nicht die Staatsangehörigkeit des erstgenannten Staates besitzt, so können die Vergütungen nur in dem anderen Staat besteuert werden.

(2) Auf Vergütungen für unselbständige Arbeit, die im Zusammenhang mit einer auf Gewinnerzielung gerichteten gewerblichen Tätigkeit eines Vertragstaates, eines Landes oder einer ihrer Gebietskörperschaften geleistet wird, finden die Artikel 15, 16 und 17 Anwendung.

(3) Absatz 1 gilt entsprechend für Vergütungen, die von der Deutschen Bundesbank, der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost sowie der Isländischen Zentralbank und der Isländischen Post- und Telegrafverwaltung gezahlt werden.

Artikel 19

(1) Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen, die einer in einem Vertragstaat ansässigen Person für frühere unselbständige Arbeit gezahlt werden, können nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Ruhegehälter, Renten und andere wiederkehrende oder einmalige Zahlungen, die von einem Vertragstaat, einem Land oder einer ihrer Gebietskörperschaften an eine natürliche Person als Entschädigung für einen Schaden gezahlt werden, der als Folge von Kriegshandlungen oder politischer Verfolgung entstanden ist, können nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 20

(1) Vergütungen, die ein Hochschullehrer oder Lehrer, der in einem Vertragstaat ansässig ist und sich für höchstens zwei Jahre in den anderen Vertragstaat begibt, um fortgeschrittene Studien oder Forschung zu betreiben oder um an einer Universität, Hochschule, Schule oder einer anderen Lehranstalt zu unterrichten, für diese Arbeit bezieht, werden in dem anderen Staat nicht besteuert.

(2) Zahlungen, die ein Student oder Lehrling (einschließlich eines „Volontärs“ oder eines „Praktikanten“), der in einem Vertragstaat ansässig ist oder unmittelbar vorher dort ansässig war und der sich in dem anderen Vertragstaat ausschließlich zum Studium oder zur Aus-

16. grein

Stjórnarlaun og aðrar svipaðar greiðslur, sem aðili heimilisfastur í aðildarríki fær fyrir að vera stjórnarmaður félags, sem heimilisfast er í hinu aðildarríkinu, má skattleggja í síðarnefnda ríkinu.

17. grein

Drátt fyrir ákvæði 14. og 15. gr. má skattleggja aðila, sem koma fram í atvinnuskyni til skemmtunar almenningi, svo sem leikhús-, kvikmynda-, hljóðvarps- eða sjónvarpslistamenn, hljómlistarmenn og íþróttamenn, af tekjum, sem þeir hafa af slíkum persónulegum störfum í því aðildarríki, þar sem þessi störf eru innt af höndum.

18. grein

1. Greiðslu, með þeirri undantekningu, sem um ræðir í 19. gr., sem innt er af hendi af aðildarríki, einstöku ríki þess (Land), opinberri stofnun þess eða sveitarstjórn, beint eða úr sjóðum stofnuðum af þessum aðilum, til manns fyrir starf hans, má skattleggja í því ríki. Ef starfið er innt af hendi í hinu aðildarríkinu af ríkisborgara þess ríkis, sem ekki er ríkisborgari í fyrrnefnda ríkinu, skal einungis skattleggja greiðsluna í því ríki.

2. Ákvæði 15., 16. og 17. gr. gilda um greiðslu fyrir starf, sem innt er af hendi í sambandi við hvers konar viðskipti, sem rekin eru í hagnaðarskyni af aðildarríki, einstöku ríki þess (Land), opinberri stofnun þess eða sveitarstjórn.

3. Ákvæði 1. tl. skulu á sama hátt gilda um greiðslu, sem innt er af hendi af þýzka ríkisbankanum, þýzku ríkisjárnbrautunum og þýzku póstmálastofnuninni, svo og Seðlabanka Íslands og íslensku póst- og símamálastjórninni.

19. grein

1. Eftirlaun og aðrar svipaðar greiðslur, sem inntar eru af hendi til aðila, sem heimilisfastur er í aðildarríki, vegna fyrra starfs hans, skulu einungis skattlagðar í því ríki.

2. Eftirlaun, árgreiðslur og aðrar tímabilsgræiðslur eða greiðslur í eitt skipti fyrir öll, sem greiddar eru til manns af aðildarríki, einstöku ríki þess (Land), opinberri stofnun þess eða sveitarstjórn sem skaðabætur fyrir líkamsmeiðsl eða tjón, sem hann hefur beðið vegna hernaðaraðgerða eða stjórnmálaofsókna, skulu einungis skattlagðar í því ríki.

20. grein

1. Próffessor eða kennari, sem heimilisfastur er í aðildarríki, og sem dvelur í hinu aðildarríkinu, þó ekki yfir tvö ár, í því skyni að stunda framhaldsnám, rannsóknir eða kennslu við háskóla, æðri skóla, aðra skóla eða menntastofnanir, skal ekki skattlagður í síðarnefnda ríkinu af greiðslum, sem hann fær fyrir þetta starf.

2. Námsmaður eða nemi (þar með talið sjálfboðaliði (Volontär), eða nemi til reynslu (Praktikant)), sem er, eða síðast var, heimilisfastur í aðildarríki, og sem dvelur um stundarsakir í hinu aðildarríkinu einungis vegna náms síns eða þjálfunar, skal ekki skattlagður í síðarnefnda ríkinu af

bildung vorübergehend aufhält, für seinen Unterhalt, sein Studium oder seine Ausbildung erhält, werden in dem anderen Staat nicht besteuert, sofern ihm diese Zahlungen aus Quellen außerhalb des anderen Staates zufließen.

(3) Ein Student einer Universität oder einer anderen höheren Lehranstalt eines Vertragsstaates, der insgesamt nicht länger als 100 Tage während eines Kalenderjahres in dem anderen Vertragsstaat eine unselbständige Arbeit ausübt, um die für seine Ausbildung erforderlichen praktischen Erfahrungen zu sammeln, wird mit den Vergütungen, die er für diese unselbständige Arbeit bezieht, in diesem anderen Staat nicht besteuert.

Artikel 21

Die in den vorstehenden Artikeln nicht ausdrücklich erwähnten Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person können nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 22

(1) Unbewegliches Vermögen im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 kann in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem dieses Vermögen liegt.

(2) Bewegliches Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte eines Unternehmens darstellt oder das zu einer der Ausübung eines freien Berufes dienenden festen Einrichtung gehört, kann in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung befindet.

(3) Seeschiffe und Luftfahrzeuge im internationalen Verkehr sowie bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe und Luftfahrzeuge dient, können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(4) Alle anderen Vermögensteile einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person können nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 23

(1) Bei einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Person wird die Steuer wie folgt festgesetzt:

- a) Soweit nicht Buchstabe b anzuwenden ist, werden von der Bemessungsgrundlage der deutschen Steuer die Einkünfte aus Quellen innerhalb Islands sowie die in Island gelegenen Vermögenswerte ausgenommen, die nach diesem Abkommen in Island besteuert werden können. Die Bundesrepublik Deutschland behält aber das Recht, die auf diese Weise ausgenommenen Einkünfte und Vermögenswerte bei der Festsetzung des Steuersatzes zu berücksichtigen. Auf Dividenden sind die vorstehenden Bestimmungen nur anzuwenden, wenn die Dividenden an eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Gesellschaft von einer in Island ansässigen Gesellschaft gezahlt werden, deren Kapital zu mindestens 25 vom Hundert unmittelbar der deutschen Gesellschaft gehört. Von der Bemessungsgrundlage der deutschen Steuer werden ebenfalls Beteiligungen ausgenommen, deren Dividenden, falls solche gezahlt werden, nach dem vorhergehenden Satz von der Steuerbemessungsgrundlage auszunehmen wären.
- b) Auf die deutsche Steuer vom Einkommen wird unter Beachtung der Vorschriften des deutschen Steuer-

greiðslum, sem hann fær til að standa straum af framfærslu sinni, námi eða þjálfun, enda séu slíkar greiðslur til hans runnar frá aðilum utan þess ríkis.

3. Námsmaður við háskóla eða aðra æðri menntastofnun í aðildarríki, sem starfar í hinu aðildarríkinu í eitt eða fleiri skipti, sem þó ekki fara fram úr 100 dögum samtals á almannatökuárinu, til þess að öðlast starfsþjálfun nauðsynlega menntun sinni, skal ekki skattlagður í síðarnefnda ríkinu af greiðslum fyrir þetta starf.

21. grein

Tekjur, sem ekki er sérstaklega fjallað um hér að framan, skulu einungis skattlagðar í því aðildarríki þar sem viðtakandi þeirra er heimilisfastur.

22. grein

1. Eign, sem er fasteign samkvæmt skilgreiningu 2. tl. 6. gr., má skattleggja í því aðildarríki, þar sem eignin er.

2. Eign í lausafé, sem er hluti atvinnurekstrareignar fastrar atvinnustöðvar fyrirtækis eða í lausafé, sem tilheyrir fastri stofnun, sem notuð er í sambandi við sjálfstæða starfsemi, má skattleggja í því aðildarríki, þar sem fasta atvinnustöðin eða fasta stofnunin er.

3. Skip og loftför, sem notuð eru á alþjóðaleiðum, svo og lausafé, sem tilheyrir rekstri slíkra skipa og loftfara, skulu einungis skattlögð í því aðildarríki, þar sem raunveruleg framkvæmdastjórn fyrirtækisins hefur aðsetur.

4. Allar aðrar eignir aðila heimilisfasts í aðildarríki skulu einungis skattlagðar í því ríki.

23. grein

1. Skattur aðila heimilisfasts í Sambandslýðveldinu Þýskalandi skal þannig ákvæðinn:

- a) Nema ákvæði b-liðar eigi við, skal eigi telja með skattstofninum, sem þýzkur skattur er lagður á, þær tekjur frá Íslandi og þær eignir á Íslandi, sem samkvæmt samningi þessum má skattleggja á Íslandi. Sambandslýðveldið Þýskaland áskilur sér hins vegar rétt til að taka tillit til tekna þessara og eigna, sem þannig voru eigi meðtaldar, við ákvörðun skattstiga síns. Framangreind ákvæði þessa staflíðar skulu, að því er varðar tekjur af ágóðahlutum, einungis taka til þeirra ágóðahluta, sem greiddir eru félagi heimilisföstu í Sambandslýðveldinu Þýskalandi af félagi heimilisföstu á Íslandi, ef að minnsta kosti 25% eignarhlutdeild í íslenska félaginu er bein eign þýzka félagsins. Enn fremur skal eigi talin með skattstofninum, sem þýzkur skattur er lagður á, sú hlutafjareign þar sem ágóðahlutirnir af henni, ef greiddir, myndu eigi hafa verið taldir með skattstofninum, sem skattur er lagður á samkvæmt ákvæðum næsta málslíðar hér að framan.
- b) Samkvæmt ákvæðum þýzkra skattalaga um frádrátt erlendra skatta, skal leyfður sem frádráttur frá þýzkum

rechts über die Anrechnung ausländischer Steuern die isländische Steuer angerechnet, die in Übereinstimmung mit diesem Abkommen gezahlt worden ist für:

- aa) Dividenden, die nicht unter Buchstabe a fallen.
- bb) Vergütungen im Sinne des Artikels 16.

Der Anrechnungsbetrag darf jedoch nicht den Teil der vor der Anrechnung ermittelten deutschen Steuer übersteigen, der auf diese Einkünfte entfällt.

(2) Bei einer in Island ansässigen Person wird die Steuer wie folgt festgesetzt:

- a) Soweit nicht Buchstabe b anzuwenden ist, werden von der Bemessungsgrundlage der isländischen Steuer die Einkünfte aus Quellen innerhalb der Bundesrepublik Deutschland sowie die in der Bundesrepublik Deutschland gelegenen Vermögenswerte ausgenommen, die nach diesem Abkommen in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden können. Island behält aber das Recht, die auf diese Weise ausgenommenen Einkünfte und Vermögenswerte bei der Festsetzung des Steuersatzes zu berücksichtigen.

- b) Auf die isländische Steuer vom Einkommen wird die deutsche Steuer angerechnet, die in Übereinstimmung mit diesem Abkommen gezahlt worden ist für:

- aa) Dividenden,
- bb) Vergütungen im Sinne des Artikels 16.

Der Anrechnungsbetrag darf jedoch nicht den Teil der vor der Anrechnung ermittelten isländischen Steuer übersteigen, der auf diese Einkünfte entfällt.

Artikel 24

(1) Die Staatsangehörigen eines Vertragsstaates dürfen in dem anderen Vertragsstaat weder einer Besteuerung noch einer damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender sind als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen die Staatsangehörigen des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(2) Die Besteuerung einer Betriebstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaates in dem anderen Vertragsstaat hat, darf in dem anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, die die gleiche Tätigkeit ausüben.

Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen, als verpflichte sie einen Vertragsstaat, den in dem anderen Vertragsstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen auf Grund des Personenstandes oder der Familienlasten zu gewähren, die er den in seinem Gebiet ansässigen Personen gewährt.

(3) Die Unternehmen eines Vertragsstaates, deren Kapital ganz oder teilweise, unmittelbar oder mittelbar, einer in dem anderen Vertragsstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen in dem erstgenannten Vertragsstaat weder einer Besteuerung noch einer damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender sind als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

Artikel 25

(1) Ist eine in einem Vertragsstaat ansässige Person der Auffassung, daß die Maßnahmen eines Vertragsstaates oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung geführt haben oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der

skatti á tekjur, íslenzkur skattur greiddur samkvæmt ákvæðum samnings þessa af eftirtöldum tekjum:

- aa. ágóðahlutum, sem ekki er fjallað um í staflíð a.
- bb. greiðslum samkvæmt ákvæðum 16. gr.

Samt sem áður skal frádrátturinn ekki fara fram úr þeim hluta þýzka skattsins, sem kemur í hlut þessara tekna, eins og hann er reiknaður áður en frádrátturinn er gerður.

2. Skattur aðila heimilisfasts á Íslandi skal þannig ákveðinn:

- a) Nema ákvæði b-liðar eigi við, skal eigi telja með skattstofninum, sem íslenzkur skattur er lagður á, þær tekjur frá Sambandslýðveldinu Þýzkalandi og þær eignir í Sambandslýðveldinu Þýzkalandi, sem samkvæmt samningi þessum má skattleggja í Sambandslýðveldinu Þýzkalandi. Ísland áskilur sér hins vegar rétt til að taka tillit til tekna þessara og eigna, sem þannig voru eigi meðtaldar, við ákvörðun skattstiga síns.

- b) Leyfður skal sem frádráttur frá íslenzkum skatti á tekjur, þýzkur skattur greiddur samkvæmt ákvæðum samnings þessa af eftirtöldum tekjum:

- aa. ágóðahlutum.
- bb. greiðslum samkvæmt ákvæðum 16. gr.

Samt sem áður skal frádrátturinn ekki fara fram úr þeim hluta íslenzka skattsins, sem kemur í hlut þessara tekna, eins og hann er reiknaður áður en frádrátturinn er gerður.

24. grein

1. Ríkisborgarar aðildarríkis skulu ekki vera háðir annarr- eða þýngri skattlagningu eða öðrum skyldum í því sambandi í hinu aðildarríkinu heldur en ríkisborgarar þess ríkis eru eða gætu orðið við sömu aðstæður.

2. Skattlagning fastrar atvinnustöðvar, sem fyrirtæki í aðildarríki rekur í hinu aðildarríkinu, skal ekki vera óhagstæðari í síðarnefnda ríkinu en skattlagning á fyrirtæki þar, sem hafa sams konar starfsemi með höndum.

Þetta ákvæði skal þó ekki skýra þannig, að það skyldi aðildarríki til að veita aðilum heimilisföstum í hinu aðildarríkinu nokkurn þann persónufrádrátt, ívilnanir og lækkun skatta vegna hjúskaparstéttar eða fjölskylduframfærslu, sem það veitir aðilum, sem eru heimilisfastir í fyrirnefnda ríkinu.

3. Dótt fjármagn fyrirtækja í aðildarríki sé að öllu eða nokkru leyti, beint eða óbeint, í eigu eða stjórnað af einum eða fleiri aðilum, sem eru heimilisfastir í hinu aðildarríkinu, skulu þau ekki vera háð annarri eða þýngri skattlagningu eða öðrum skyldum í því sambandi í fyrirnefnda ríkinu heldur en fyrirtæki svipaðrar tegundar í því ríki eru eða gætu orðið.

25. grein

1. Degar aðili heimilisfastur í aðildarríki telur, að ráðstafanir, sem gerðar eru af öðru eða báðum aðildarríkjum, leiði til eða muni leiða til skattlagningar, að því er hann varðar, sem ekki er í samræmi við ákvæði samnings þessa, getur hann vísað málinu til bærar stjórnvalds þess aðildarríkis,

nach innerstaatlichem Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsbehelfe ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaates unterbreiten, in dem sie ansässig ist.

(2) Hält diese zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaates so zu regeln, daß eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen, die in dem Abkommen nicht behandelt sind, vermieden werden kann.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der vorstehenden Absätze unmittelbar miteinander verkehren. Erscheint ein mündlicher Meinungsaustausch für die Herbeiführung der Einigung zweckmäßig, so kann ein solcher Meinungsaustausch in einer Kommission durchgeführt werden, die aus Vertretern der zuständigen Behörden der Vertragsstaaten besteht.

Artikel 26

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden die Informationen austauschen, die erforderlich sind zur Durchführung dieses Abkommens und des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten betreffend die unter das Abkommen fallenden Steuern, soweit die diesem Recht entsprechende Besteuerung mit dem Abkommen in Einklang steht. Alle so ausgetauschten Informationen sind geheimzuhalten und dürfen nur solchen Personen oder Behörden, einschließlich Gerichten, zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung, Erhebung oder strafrechtlichen Verfolgung bezüglich der unter das Abkommen fallenden Steuern befaßt sind.

(2) Absatz 1 ist auf keinen Fall so auszulegen, als verpflichte er einen der Vertragsstaaten:

- a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen oder der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaates abweichen;
- b) Angaben zu übermitteln, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaates nicht beschafft werden können;
- c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Geschäfts-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung der öffentlichen Ordnung widerspräche.

Artikel 27

(1) Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den diplomatischen und konsularischen Beamten nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder auf Grund besonderer Vereinbarungen zustehen.

(2) Soweit Einkünfte oder Vermögen im Empfangsstaat wegen der den diplomatischen oder konsularischen Beamten nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder aufgrund besonderer zwischenstaatlicher Verträge zustehenden steuerlichen Vorrechte nicht besteuert werden, steht das Besteuerungsrecht dem Entsendestaat zu.

þar sem hann er heimilisfastur, án tillits til þeirra réttarverndar, sem kann að vera heimiluð í löggjöf ríkjanna.

2. Ef hið bæra stjórnvald telur, að mótmælin séu á rökum reist, en getur þó ekki sjálf leyst málið á viðunandi hátt, skal það leitast við að leysa málið með gagnkvæmu samkomulagi við bært stjórnvald í hinu aðildarríkinu, í því skyni að komast hjá skattlagningu, sem ekki er í samræmi við ákvæði samnings þessa.

3. Bær stjórnvöld í aðildarríkjunum skulu með gagnkvæmu samkomulagi leitast við að leysa sérhvern vanda eða vafatriði varðandi skýringu eða beitingu ákvæða samningsins. Þau geta einnig ráðgæzt sín á milli í því skyni að komast hjá tvísköttun í tilvikum, sem ekki er fjallað um í samningnum.

4. Bær stjórnvöld í aðildarríkjunum geta haft beint samband sín á milli í því skyni að gera samkomulag í samræmi við það, sem um er rætt í þessari grein. Þegar æskilegt virðist, að fram fari munnlegar umræður til þess að samkomulag náist, geta slíkar umræður farið fram í nefnd, sem skipuð er fulltrúum bærra stjórnsvalda beggja aðildarríkjanna.

26. grein

1. Bær stjórnvöld í aðildarríkjunum skulu skiptast á þeim upplýsingum, sem nauðsynlegar eru vegna framkvæmdar samnings þessa og innlendra löggjafar aðildarríkjanna, varðandi skatta, sem ákvæði samnings þessa ná til, að því leyti, sem viðkomandi skattlagning er í samræmi við samninginn. Allar upplýsingar, sem þannig er á skipzt, skal fara með sem trúnaðarmál og ekki gera kunnar öðrum aðilum eða stjórnvöldum, þar með töldum dómstólum, en þeim, sem hafa með höndum ákvörðun, innheimtu eða ákærvald varðandi þá skatta, sem samningur þessi fjallar um.

2. Ákvæði 1. tl. skal í engu tilviki skýra þannig, að þau leggi á annað hvort aðildarríkjanna skyldu til:

- a) að framkvæma stjórnarráðstafanir, sem víkja frá löggjöf eða stjórnvenju þess sjálfs eða hins aðildarríkisins,
- b) að láta í té gögn, sem ekki er unnt að afla samkvæmt löggjöf eða eðlilegri stjórnvenju þess sjálfs eða hins aðildarríkisins,
- c) að láta í té upplýsingar, sem mundu ljóstra upp leyndarmálum eða framleiðsluáðferðum á sviði atvinnumála, viðskipta, iðnaðar, verzlunar eða annarrar starfsemi, svo og upplýsingar, sem gagnstætt er almenningshagsmunum (ordre public) að gefa.

27. grein

1. Ákvæði samnings þessa skulu ekki hafa áhrif á skattívilnanir, sem opinberir starfsmenn við sendiráð eða ræðismannsskrifstofur njóta, samkvæmt almennum þjóðréttarreglum eða í samræmi við ákvæði í sérstökum samningum.

2. Að svo miklu leyti, sem tekjur eða eignir eru ekki skattlagðar í dvalarlandinu vegna skattívilnana, sem opinberir starfsmenn við sendiráð eða ræðismannsskrifstofur njóta, samkvæmt almennum þjóðréttarreglum eða í samræmi við ákvæði í sérstökum alþjóðasamningum, skal heimarikið hafa rétt til skattlagningar.

(3) Bei Anwendung des Abkommens gelten die Angehörigen einer diplomatischen oder konsularischen Vertretung, die ein Vertragsstaat im anderen Vertragsstaat oder in einem dritten Staat unterhält, als im Entsendestaat ansässig, wenn sie die Staatsangehörigkeit des Entsendestaates besitzen und dort zu den Steuern vom Einkommen und vom Vermögen wie in diesem Staat ansässige Personen herangezogen werden.

Artikel 28

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung von Island innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegen- teilige Erklärung abgibt.

Artikel 29

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Rati- fikationsurkunden sollen so bald wie möglich in Reykja- vik ausgetauscht werden.

(2) Dieses Abkommen tritt am dreißigsten Tage nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft und ist anzuwenden:

a) in der Bundesrepublik Deutschland:

auf die Steuern, die für das Kalenderjahr 1968 und für die darauffolgenden Kalenderjahre erhoben wer- den;

b) in Island:

auf die Steuern, die für das Steuerjahr 1968 und für die darauffolgenden Steuerjahre erhoben werden.

(3) Die von den beiden Regierungen in den Noten vom 8. Oktober 1962 und 18. Juli 1963 getroffene Ver- einbarung über die Doppelbesteuerung bei Schiff- und Luftfahrtunternehmen findet nach Inkrafttreten dieses Abkommens keine Anwendung mehr mit Wirkung von dem Tage, von dem an dieses Abkommen angewendet wird.

Artikel 30

Dieses Abkommen bleibt auf unbestimmte Zeit in Kraft, jedoch kann jeder der Vertragsstaaten bis zum dreißigsten Juni eines jeden Kalenderjahres nach Ablauf von fünf Jahren, vom Tage des Inkrafttretens an gerechnet, das Abkommen gegenüber dem anderen Vertragsstaat auf diplomatischem Wege schriftlich kündigen; in diesem Fall ist das Abkommen nicht mehr anzuwenden;

a) in der Bundesrepublik Deutschland:

auf die Steuern, die für die Kalenderjahre erhoben werden, die auf das Kalenderjahr folgen, in dem die Kündigung ausgesprochen wird;

b) in Island:

auf die Steuern, die für die Steuerjahre erhoben wer- den, die auf das Steuerjahr folgen, in dem die Kündi- gung ausgesprochen wird.

ZU URKUND DESSEN haben die hierzu von ihren Regierungen gehörig befugten Unterzeichneten dieses Abkommen unterschrieben.

3. Í sambandi við framkvæmd samnings þessa, skulu menn, sem eru starfsmenn sendiráða eða ræðismannsskrif- stofa aðildarríkis í hinu aðildarríkinu eða í þriðja ríkinu, og sem eru ríkisborgarar þess ríkis, er sendi þá, teljast heimilis- fastir í því ríki, ef þeir bera sömu skyldu varðandi skatta af tekjum og eignum og aðilar heimilisfastir þar.

28. grein

Samningur þessi skal einnig gilda fyrir Berlínarríki (Land Berlin), enda hafi ríkisstjórn Sambandslýðveldisins Dýzka- lands ekki tilkynnt ríkisstjórn Íslands innan þriggja mánaða frá gildistöku samnings þessa, að svo skuli ekki vera.

29. grein

1. Samning þennan skal fullgilda og skipzt skal á fullgild- ingarskjöllum í Reykjavík, svo fljótt sem kostur er.

2. Samningur þessi skal ganga í gildi á þrítugasta degi eftir að skipzt hefur verið á fullgildingarskjöllum og koma til framkvæmda:

a) í Sambandslýðveldinu Dýzkalandi:

um skatta, sem á eru lagðir fyrir almanaksárið 1968 og fyrir eftirfarandi almanaksár.

b) á Íslandi:

um skatta, sem á eru lagðir fyrir skattárið 1968 og fyrir eftirfarandi skattár.

3. Ákvæði samkomulags milli hinna tveggja ríkistjórna, sem til var stofnað með skiptum á orðsendingum dagsettum 8. október 1962 og 18. júlí 1963, um tvísköttun skipafélaga og flugfélaga, skulu, er samningur þessi gengur í gildi, falla úr gildi frá þeim degi, sem ákvæði samnings þessa koma til framkvæmda.

30. grein

Samningur þessi skal gilda um ótiltekinn tíma, en hvort aðildarríkjanna um sig getur. 30. júní eða fyrr almanaksár hvert, sem hefst eftir að fimm ár eru liðin frá gildistöku sam- ningsins, tilkynnt hinu aðildarríkinu, eftir diplómatiskeum leiðum, skriflega uppsögn samningsins og sé svo gert, skal samningur þessi hætta að koma til framkvæmda:

a) í Sambandslýðveldinu Dýzkalandi:

að því er varðar skatta álagða fyrir þau almanaksár, sem næst eru á eftir því almanaksári, sem uppsögnin er gerð;

b) á Íslandi:

að því er varðar skatta álagða fyrir þau skattár, sem næst eru á eftir því skattári, sem uppsögnin er gerð.

ÞESSU TIL STAÐFESTINGAR höfum vér undirritaðir, sem fengið höfum umboð ríkisstjórna vorra, undirritað samning þennan.

GESCHEHEN zu Bonn am 18. März 1971 in zwei Urschriften, jede in deutscher und isländischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

GERT í Bonn hinn 18. dag marz mánaðar 1971 í tveimur frumritum, hvoru um sig á þýzku og íslenzku, og skulu textar beggja vera jafngildir.

Für die Bundesrepublik Deutschland:
Fyrir hönd Sambandslýðveldisins Þýzkalands:

Paul Frank
Dr. Emde

Für die Republik Island:
Fyrir hönd Lýðveldisins Íslands:

Arni Tryggvason

Protokoll

Anläßlich der Unterzeichnung des heute geschlossenen Abkommens zwischen der Republik Island und der Bundesrepublik Deutschland zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten das nachstehende Protokoll unterschrieben, das Bestandteil des Abkommens ist:

Artikel 23 Absatz 1 Buchstabe a gilt nur für Dividenden, die von einer Gesellschaft gezahlt werden, deren Einkünfte ausschließlich oder fast ausschließlich stammen:

- a) aus einer der folgenden innerhalb Islands ausgeübten Tätigkeiten: aus der Herstellung oder dem Verkauf von Gütern oder Waren, aus Vermietung oder Verpachtung, aus technischer Beratung oder technischer Dienstleistung oder aus Bank- oder Versicherungsgeschäften, oder
- b) aus Dividenden, die von einer oder mehreren in Island ansässigen Gesellschaften gezahlt werden, die ihre Einkünfte wiederum ausschließlich oder fast ausschließlich aus einer der folgenden innerhalb Islands ausgeübten Tätigkeiten beziehen: aus der Herstellung oder dem Verkauf von Gütern oder Waren, aus Vermietung oder Verpachtung, aus technischer Beratung oder technischer Dienstleistung oder aus Bank- oder Versicherungsgeschäften.

Sind diese Voraussetzungen nicht erfüllt, so gilt Artikel 23 Absatz 1 Buchstabe b.

BÓKUN

Við undirritun samnings þess, sem í dag hefir verið gerður milli Lýðveldisins Íslands og Sambandslýðveldisins Dýzkalands til að koma í veg fyrir tvísköttun, að því er varðar skatta á tekjur og eignir, hafa undirritaðir fulltrúar með umboði ritað nöfn sín undir eftirfarandi bókun, sem myndar hluta af samningnum:

Staðlið a, 1. töluliðar 23. greinar skal einungis beitt um ágóðahluti, sem greiddir eru af félagi, sem eingöngu eða næstum eingöngu hefur tekjur:

- a) af framleiðslu, sölu vara, leigu, tæknilegum ráðum eða þjónustu, eða banka- eða váttryggingarstarfsemi á Íslandi, eða
- b) af ágóðahlutum greiddum af einu eða fleiri félögum, heimilisföstum á Íslandi, sem sjálf hafa tekjur sínar eingöngu eða næstum eingöngu af framleiðslu, sölu vara, leigu, tæknilegum ráðum eða þjónustu, eða banka- eða váttryggingarstarfsemi á Íslandi.

Í því tilviki, að þessum skilyrðum sé ekki fullnægt, skal beita staðlið b, 1. töluliðar, 23. greinar.

Für die Bundesrepublik Deutschland:
Fyrir hönd Sambandslýðveldisins Dýzkalands:

Paul Frank
Dr. Emde

Für die Republik Island:
Fyrir hönd Lýðveldisins Íslands:

'Arni Tryggvason

Denkschrift

Das am 18. März 1971 in Bonn unterzeichnete Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und Vermögen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Island ist außenpolitisch auf dem Hintergrund der europäischen Partnerschaft, der gemeinsamen Zugehörigkeit zur NATO und zur OECD sowie der traditionell guten Beziehungen der Bundesrepublik zu den skandinavischen Staaten zu sehen. Wirtschaftspolitisch findet das Abkommen seinen Grund darin, daß die Bundesrepublik unter den Handelspartnern Islands einen bedeutenden Platz einnimmt. Das Abkommen soll die Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Staaten auf eine sichere steuerliche Grundlage stellen und darüber hinaus die wirtschaftliche Zusammenarbeit weiter fördern.

In den wesentlichen Zügen seines Inhalts und Aufbaus entspricht das Abkommen dem von der OECD empfohlenen Musterabkommen (vgl. Bundesanzeiger 76/1964). Die einleitenden Bestimmungen der Artikel 1 bis 5 stecken den Geltungsbereich des Vertragswerks ab und enthalten die für die Anwendung des Abkommens wichtigsten Definitionen. Die Artikel 6 bis 22 legen den Rahmen fest, innerhalb dessen der Quellen- bzw. Belegenheitsstaat Einkünfte und Vermögenswerte besteuern darf. Artikel 23 bestimmt, wie der Wohnsitzstaat bei den dem Quellen- bzw. Belegenheitsstaat zur Besteuerung überlassenen Einkünften und Vermögenswerten die Doppelbesteuerung vermeidet. Die abschließenden Artikel 24 bis 30 regeln den Schutz vor Diskriminierungen, die zur Durchführung des Abkommens notwendige Zusammenarbeit der Vertragsstaaten, das Inkrafttreten und Außerkrafttreten des Abkommens und andere Fragen. Dem Abkommen ist ein Protokoll beigegeben.

Zu den einzelnen Abkommensregelungen ist folgendes zu bemerken:

Zu Artikel 1

Dieser Artikel bestimmt den Personenkreis, für den das Abkommen gilt.

Zu Artikel 2

Dieser Artikel grenzt die Steuern ab, die unter das Abkommen fallen.

Zu Artikel 3

Absatz 1 definiert einige im Abkommen verwendete Begriffe; Absatz 2 enthält die übliche Auslegungsregel, die auf das innerstaatliche Recht als subsidiäre Auslegungsquelle verweist.

Zu Artikel 4

Dieser Artikel definiert in Übereinstimmung mit dem OECD-Musterabkommen den Begriff der in einem Vertragsstaat ansässigen Person, der für den subjektiven Geltungsbereich des Abkommens und die Abgrenzung der Besteuerungsrechte maßgebend ist.

Grundsätzlich bestimmt sich die Ansässigkeit nach den Merkmalen des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten (Absatz 1).

Sind Personen danach in beiden Staaten ansässig, so wird nach bestimmten Kriterien nur einer der Staaten für die Abkommensanwendung als Wohnsitzstaat behandelt (Absätze 2 und 3).

Absatz 4 trägt einer Besonderheit des isländischen Steuerrechts Rechnung. Eine Personengesellschaft wird daher im Sinne des Abkommens als „Person“ angesehen; sie gilt als in dem Staat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet. Die Artikel 5 bis 22 sind jedoch nur anwendbar auf Einkünfte und Vermögensteile, die in dem Staat der Geschäftsleitung auch tatsächlich der Besteuerung unterliegen.

Zu Artikel 5

Dieser Artikel definiert in Übereinstimmung mit dem Musterabkommen der OECD den Begriff der Betriebstätte, der die Grundlage für die Besteuerung der gewerblichen Einkünfte bildet (vgl. Artikel 7).

Zu Artikel 6

Dieser Artikel bestimmt entsprechend dem OECD-Musterabkommen, daß Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen in dem Staat besteuert werden können, in dem dieses Vermögen liegt.

Zu Artikel 7

Dieser Artikel regelt in Übereinstimmung mit dem OECD-Musterabkommen die Besteuerung der Gewinne aus Gewerbebetrieb. Nach Absatz 1 darf ein Staat die gewerblichen Einkünfte von Unternehmen des anderen Staates, entsprechend einem international allgemein anerkannten Prinzip, nur insoweit besteuern, als der Gewinn durch eine in seinem Gebiet gelegene Betriebstätte erzielt wird. Die Absätze 2 bis 6 enthalten Bestimmungen über die Ermittlung und Zurechnung der Betriebstättengewinne. Absatz 7 regelt das Verhältnis der Betriebstättenbesteuerung zu den Abkommensbestimmungen für andere Einkünfte.

Zu Artikel 8

Dieser Artikel bestimmt entsprechend dem OECD-Musterabkommen, daß Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr, abweichend vom Betriebstättenprinzip, nur im Staat der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens besteuert werden dürfen.

Zu Artikel 9

Dieser Artikel stellt in Übereinstimmung mit dem OECD-Musterabkommen klar, daß das Abkommen der Korrektur von Gewinnverlagerungen zwischen verbundenen Personen nicht entgegensteht.

Zu Artikel 10

Dieser Artikel regelt im wesentlichen in Übereinstimmung mit dem OECD-Musterabkommen die Besteuerung der Dividenden.

Nach Absatz 1 können Dividenden in dem Staat besteuert werden, in dem der Empfänger ansässig ist.

Nach Absatz 2 wird die Steuer des Quellenstaates auf 15 v. H. bzw., wenn die Dividenden einer wesentlich beteiligten Kapitalgesellschaft (Mindestbeteiligung 25 v. H.) zufließen, auf 5 v. H. des Bruttobetragtes der Dividenden begrenzt.

Empfängt eine isländische Muttergesellschaft auf Grund einer wesentlichen Beteiligung Dividenden von einer deutschen Kapitalgesellschaft, so bleibt gemäß Absatz 3 die deutsche Kapitalertragsteuer zum vollen Satz von 25,75 v. H. (einschl. der Ergänzungsabgabe) aufrecht erhalten. Damit wird, entsprechend der EntschlieÙung des Deutschen Bundestages zum Steueränderungsgesetz 1958 (Bundestagsdrucksache 448 S. 2, 3. Wahlperiode), berücksichtigt, daß der ausgeschüttete Gewinn bei der deutschen Tochtergesellschaft nur der ermäßigten Körperschaftsteuer zum Satz von 15 v. H. unterlegen hat und die isländische Muttergesellschaft die deutsche Nachsteuer von 36 v. H. nicht zu entrichten braucht, die eine deutsche Muttergesellschaft im gleichen Falle zu tragen hätte.

Empfängt eine deutsche Muttergesellschaft auf Grund einer wesentlichen Beteiligung Dividenden von einer isländischen Gesellschaft, so bleibt nach Absatz 4 die isländische Quellensteuer bis zu einem Höchstsatz von 36 v. H. des Bruttobetragtes der Dividenden bestehen. Damit wird einer Besonderheit des isländischen Steuerrechts Rechnung getragen, das die steuerliche Doppelbelastung bei Dividenden in der Weise vermeidet, daß die ausschüttende Gesellschaft ihre Ausschüttungen bis zur Höhe von 10 v. H. ihres Stammkapitals von ihrem steuerpflichtigen Gewinn absetzt. Sofern die Ausschüttungen diesen Höchstsatz überschreiten, unterliegen sie der vollen Steuer. Insoweit ist auch die Sonderregelung dieses wähnt werden, dem Wohnsitzstaat zu.

Die Absätze 5 bis 7 enthalten ergänzende Bestimmungen, die dem OECD-Muster nachgebildet sind.

Zu Artikel 11

Dieser Artikel behandelt die Besteuerung von Zinsen. Nach Absatz 1 können Zinsen nur in dem Staat besteuert werden, in dem der Empfänger ansässig ist. Absatz 2 bestimmt den Begriff der Zinsen. Die Absätze 3 und 4 ergänzen die Regelung entsprechend dem Musterabkommen der OECD.

Zu Artikel 12

Dieser Artikel regelt entsprechend dem OECD-Musterabkommen die Besteuerung von Lizenzgebühren. Nach Absatz 1 können Lizenzgebühren nur in dem Staat besteuert werden, in dem der Empfänger ansässig ist. Absatz 2 bestimmt den Begriff der Lizenzgebühren. Die Absätze 3 bis 5 enthalten ergänzende Bestimmungen.

Zu Artikel 13

Der dem OECD-Musterabkommen entsprechende Artikel behält die Besteuerung von Veräußerungsgewinnen grundsätzlich dem Wohnsitzstaat vor (Ab-

satz 3). Der Belegenheits-(Quellen-)staat darf jedoch Gewinne aus der Veräußerung von unbeweglichem Vermögen und von beweglichem Betriebstättenvermögen sowie von beweglichem Vermögen einer der Ausübung eines freien Berufes dienenden festen Einrichtung besteuern (Absätze 1 und 2). Entsprechend der Regelung für die laufenden Einkünfte dürfen Gewinne aus der Veräußerung von Schiffen und Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr sowie des beweglichen Vermögens, das dem Betrieb dieser Schiffe und Luftfahrzeuge dient, nur in dem Staat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung befindet (Absatz 2 Satz 2).

Zu Artikel 14

Dieser Artikel ordnet, der Empfehlung der OECD folgend, die Besteuerung der Einkünfte aus selbständiger Arbeit — ähnlich dem Betriebstättenprinzip bei gewerblichen Einkünften — dem Staat der Arbeitsausübung zu, wenn der Steuerpflichtige dort für seine Tätigkeit regelmäßig über eine feste Einrichtung verfügt.

Zu Artikel 15

Dieser Artikel befaßt sich, dem OECD-Musterabkommen folgend, mit der Besteuerung der Einkünfte aus nichtselbständiger Tätigkeit. Absatz 1 stellt den Grundsatz auf, daß Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit nur im Staat der Arbeitsausübung besteuert werden dürfen. Dieser Grundsatz ist in Absatz 2 zugunsten nur vorübergehend im Ausland eingesetzter Arbeitnehmer (z. B. Monteure) eingeschränkt. Nach den Absätzen 2 und 3 können abweichend von der Regelung des OECD-Musterabkommens Vergütungen für unselbständige Tätigkeit, die an Bord von Schiffen und Luftfahrzeugen ausgeübt wird, in dem Staat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

Zu Artikel 16

Nach diesem Artikel können Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen entsprechend dem OECD-Musterabkommen in dem Staat besteuert werden, in dem die zahlende Gesellschaft ansässig ist.

Zu Artikel 17

Nach diesem Artikel dürfen Künstler und Sportler entsprechend der OECD-Empfehlung stets in dem Staat besteuert werden, in dem sie ihre Tätigkeit ausüben.

Zu Artikel 18

Dieser Artikel regelt in grundsätzlicher Übereinstimmung mit dem OECD-Musterabkommen die Besteuerung von Arbeitsentgelten, die aus öffentlichen Kassen gezahlt werden. Absatz 1 legt den Grundsatz fest, daß diese nur im Kassenstaat besteuert werden, und zwar auch, wenn die nichtselbständige Arbeit im anderen Vertragsstaat ausgeübt wird. Staatsangehörige des anderen Staates, die in diesem Staat tätig sind (Absatz 1 Satz 2), sowie Arbeitnehmer in

gewerblichen Betrieben der öffentlichen Hand (Absatz 2) sind ausgenommen. Absatz 3 enthält ergänzende Bestimmungen.

Zu Artikel 19

Dieser Artikel weist entsprechend dem OECD-Musterabkommen das Besteuerungsrecht für Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen dem Wohnsitzstaat zu (Absatz 1). Für Ruhegehälter, Renten und sonstige Vergütungen, die als Entschädigungsleistungen für Kriegsfolgen oder politische Verfolgung gezahlt werden, steht das Besteuerungsrecht jedoch nur dem Kassenstaat zu (Absatz 2).

Zu Artikel 20

Die Bestimmungen dieses Artikels sollen den Austausch von Lehrkräften und in Aus- oder Fortbildung stehenden Personen fördern. Zu diesem Zweck sind nach Absatz 1 die Vergütungen von Gastlehrkräften im Gaststaat steuerfrei, sofern der Aufenthalt zwei Jahre nicht übersteigt. Für Studenten oder Lehrlinge wird im Gaststaat Steuerfreiheit für aus dem Heimatstaat empfangene Zahlungen gewährt (Absatz 2). Steuerfrei sind nach Absatz 3 auch die an Studenten gezahlten Arbeitslöhne, wenn die Arbeitsausübung der Gewinnung praktischer Berufserfahrung dient und in einem Kalenderjahr nicht länger als 100 Tage dauert.

Zu Artikel 21

Dieser Artikel weist entsprechend dem OECD-Musterabkommen das Besteuerungsrecht für Einkünfte, die im Abkommen nicht ausdrücklich erwähnt werden, dem Wohnsitzstaat zu.

Zu Artikel 22

Dieser Artikel regelt in Übereinstimmung mit dem OECD-Musterabkommen die Besteuerung des Vermögens. Grundsätzlich steht dem Wohnsitzstaat das Besteuerungsrecht zu (Absatz 4). Unbewegliches Vermögen und das bewegliche Vermögen, das zu einer Betriebstätte oder einer der Ausübung eines freien Berufes dienenden festen Einrichtung gehört, darf aber nach den Absätzen 1 und 2 — entsprechend der Regelung für die betreffenden Einkünfte — im Belegenheitsstaat besteuert werden. Seeschiffe und Luftfahrzeuge im internationalen Verkehr sowie das ihrem Betrieb dienende bewegliche Vermögen, dürfen nur in dem Staat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Leitung des Unternehmens befindet (Absatz 3).

Zu Artikel 23

Dieser Artikel regelt, wie der Wohnsitzstaat des Steuerpflichtigen die Doppelbesteuerung bei Einkünften und Vermögenswerten vermeidet, die nach dem Abkommen im Quellen- bzw. Belegenheitsstaat besteuert werden können.

Absatz 1

Bei in der Bundesrepublik ansässigen Personen werden die isländischen Einkünfte und Vermögenswerte entsprechend der ständigen deutschen Ver-

tragspraxis grundsätzlich von der deutschen Steuer freigestellt (Freistellungsmethode). Die freigestellten Einkünfte und Vermögenswerte werden aber bei der Festsetzung des Steuersatzes für das übrige, der deutschen Besteuerung weiterhin unterworfen (Einkommen und Vermögen berücksichtigt (Progressionsvorbehalt)). Die Freistellung erstreckt sich auch auf wesentliche Beteiligungen (Mindestbeteiligung 25 v. H.) deutscher Kapitalgesellschaften an isländischen Gesellschaften sowie die daraus fließenden Dividenden (internationales Schachtelprivileg). Das zum Abkommen gehörende Protokoll stellt sicher, daß das internationale Schachtelprivileg nur für Beteiligungen an produktiv tätigen isländischen Gesellschaften gewährt wird. Bei dem unter Buchstabe b genannten Einkünften wird die Doppelbesteuerung durch Anrechnung der isländischen Steuer auf die Einkommen- oder Körperschaftsteuer vermieden (Anrechnungsmethode).

Absatz 2

Bei in Island ansässigen Personen wird die Doppelbesteuerung entsprechend den Regelungen in Absatz 1 teils durch Freistellung von der isländischen Steuer, teils durch Anrechnung der deutschen Steuer vermieden.

Zu Artikel 24

Dieser Artikel soll steuerliche Diskriminierungen verhindern. Er folgt im wesentlichen dem OECD-Musterabkommen.

Zu Artikel 25 und 26

Diese Artikel regeln die Zusammenarbeit zwischen der deutschen und der isländischen Steuerverwaltung bei der Durchführung des Abkommens. Artikel 25 sieht vor, daß sich die zuständigen Behörden über die Vermeidung der Doppelbesteuerung in Einzelfällen verständigen und Auslegungs- oder Anwendungsschwierigkeiten in gegenseitigem Einvernehmen beseitigen. Artikel 26 regelt den Austausch von Informationen, die zur Durchführung des Abkommens erforderlich sind.

Zu Artikel 27

Dieser Artikel regelt das Verhältnis des Abkommens zu den besonderen diplomatischen und konsularischen Vorrechten.

Zu Artikel 28

Dieser Artikel enthält die Berlin-Klausel.

Zu Artikel 29

Dieser Artikel regelt die Ratifikation und das Inkrafttreten des Abkommens. Das Abkommen soll erstmalig für das Jahr 1968 angewendet werden.

Zu Artikel 30

Dieser Artikel enthält Bestimmungen über eine evtl. Kündigung und das Außerkrafttreten des Abkommens.